

## Haushaltsrede SPD 2014/2015

### **Einstieg:**

Wir werden heute einen Haushalt verabschieden, der geprägt ist von den sehr optimistischen Annahmen auf eine weiter positive Entwicklung. Bei den Ausgaben legen wir im Personalbereich aufgrund der Stellenausweitung im Betreuungsbereich deutlich zu und die Investitionen im Bereich des Tiefbaus und bei den Bildungseinrichtungen sind ebenso ein Signal, dass wir weiter auf Expansion setzen. Für die nächsten beiden Jahre ist dieser Kurs angesichts unserer liquiden Mittel auch ohne Kreditaufnahme zu finanzieren. Wir müssen uns allerdings darauf einstellen, dass wir uns danach entscheiden müssen, für welche Vorhaben wir uns verschulden wollen. Die Spielräume für eine Finanzierung aus den Rücklagen werden jedenfalls deutlich enger. Wenn dazu noch eine weniger dynamische Wirtschaftsentwicklung kommt, wäre auch der Zeitpunkt gekommen, über die Notwendigkeit einer Strukturkommission zu reden.

Ich will bei meiner heutigen Haushaltsrede nicht den Versuch machen alle Bereiche umfassend zu kommentieren und keine Zielgruppe zu übersehen. Vielmehr möchte ich mich auf einige Themen beschränken. Fünf Bereiche sind es, zu denen ich einige Gedanken vortragen möchte:

1. Die städtische Politik für Kinder und Jugendliche
2. Investitionen
3. Demographischer Wandel
4. Energiewende und Klimaschutz
5. Kommunale Demokratie

### **1. Die städtische Politik für Kinder und Jugendliche**

Wie es dem Anspruch Bildungsstadt entspricht, wird auf allen Stufen versucht, die Voraussetzungen zu schaffen, dass der Anspruch einer kind- und jugendgerechten Politik eingelöst wird. Dies gilt einmal bei den Kleinsten, wo wir bereits in den letzten Jahren immer auf die Nachfrage reagiert haben und unser Betreuungsangebot laufend erweitert haben. Für den zusätzlichen Bedarf an weiteren Krippengruppen stehen ebenfalls Mittel zur Verfügung. Unsere Quote bei den unter 3-Jährigen liegt jetzt bei knapp 39%. Mit den Ansätzen im Haushalt können wir vermutlich die prognostizierte Steigerung auf ca. 42,5 % bewältigen. Für die Schulen schaffen wir mit hohem Aufwand die Möglichkeiten für ein ganztägiges Betreuungsangebot auch im Grundschulbereich. Auch wenn sich dort jetzt noch nicht so durchgängig die hohe

Nachfrage zeigt, ist absolut klar, dass wir in den nächsten Jahren einen stark wachsenden Bedarf haben werden. Familien, die das Betreuungsangebot in den Tageseinrichtungen nutzen, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit an einem schulischen Angebot interessiert. Wir als SPD haben seit dem Doppelhaushalt 06/07 eigentlich jedes Mal Anträge zum Thema Betreuung und Ganztagesgrundschule gestellt, auch zum Thema Kosten für Familien, die nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Deshalb unterstützen wir alle Anstrengungen in diesem Bereich und sind auch durchaus der Meinung, dass unsere Stadt da bisher schon positives geleistet hat. Mit der besseren Unterstützung durch das Land haben wir auch ein deutlich ausgeweitetes Angebot in der Schulsozialarbeit realisiert.

Im Bereich der weiterführenden Schulen haben wir mit den Beschlüssen zur Entwicklung der Schulstruktur zukunftsfähige Entscheidungen getroffen. Von dieser Veränderung wird ebenfalls weiterer Betreuungsbedarf ausgelöst. Das zeigen bereits jetzt erste Erfahrungen an der Leonhard-Kern- Realschule mit einer so genannten Ganztagesklasse.

An dieser Stelle möchte ich den Wunsch äußern, dass es auf Landesebene doch noch zu einem Agreement kommt, was man als Schulfrieden bezeichnen kann. Wenn man die Entwicklung der Schülerzahlen betrachtet, ist jenseits aller Ideologie klar, dass zumindest im ländlichen Raum ein dreigliedriges Schulwesen nicht überleben wird. Das sollte zwischen allen Beteiligten als Grundlage akzeptiert werden. Die Familien sollen aber wissen, wohin die Reise geht, und zwar nicht nur für das jeweils nächste Schuljahr. Sie müssen längerfristig auf die Stabilität des Systems vertrauen können, sie müssen die Schularten beurteilen können, um verantwortliche Entscheidungen treffen zu können.

Ein weiteres Anliegen, für das wir uns einsetzen, ist die Ausweitung des Angebots im tertiären Bereich, weil dies für die Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von zentraler Bedeutung ist. Und da sind wir Dank der Hartnäckigkeit unseres OB gut voran gekommen. Wir sind zwar mit der Etablierung einer privaten Fachhochschule gescheitert. Inzwischen steht aber das Angebot der staatlichen Fachhochschule auf sicheren Füßen. Und wenn der Aufbau eines weiteren Standbeins im Bereich Erziehung und Pflege gelingt, dann wäre dies ein weiteres Signal für Hall als Bildungsstadt. Deshalb ist es eine kluge Investition, Rahmenbedingungen für eine Erweiterung zur Verfügung zu stellen.

Zu einer verlässlichen Politik gehört es auch, dass nun endlich für den Club Alpha ein passendes und realisierbares Objekt gefunden wurde. Das ist seit Jahren immer

wieder auf der Tagesordnung und wir stehen da auch im Wort. Dass der GR dem Antrag der SPD und der Grünen nun mit Mehrheit gefolgt ist und einen konkreten Betrag in den Haushaltsplan aufgenommen hat, halten wir auch deshalb für wichtig, weil darin zum Ausdruck kommt, dass dem GR Offenheit und Toleranz etwas Wert sind. Bei den soziokulturellen Zentren gibt es im übrigen jetzt ebenfalls einen verbesserten Förderschlüssel des Landes.

An dieser Stelle will ich zum Schluss die Bedeutung einer ganzheitlichen Politik der Stadt auf diesem Feld unterstreichen. Sie hilft nicht nur dem individuellen Menschen bei seiner Entwicklung und der Ausprägung seiner Möglichkeiten, sie entlastet auch die Familien und sie ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

## **2. Investitionen in der Stadt**

Mit dem Investitionsplan für die Haushalte der nächsten Jahre hat uns die Verwaltung ein besonders ehrgeiziges Programm vorgelegt. Wir wollen jährlich über 3 Mio für Straßenunterhaltung ausgeben, eine Summe die wir bisher über Jahre nicht ins Auge gefasst hatten. Dazu kommen noch investive Maßnahmen, die sich im Doppelhaushalt auf 17,5 Millionen summieren. Damit stößt unsere Bauverwaltung an ihre Kapazitätsgrenzen.

Zu diesen Investitionen gehören Neubauten und Sanierungen für Kindergärten und Schulen. In den Grundschulen Breit-Eich, Hessental und Kreuzäcker etwa stehen Millionen-Investitionen für Neubauten an, dazu kommt die fortlaufende Sanierung im SZW.

Zusätzlich enthält die Planung noch Großprojekte wie die Umgestaltung des Bahnhofgeländes, die Entwicklung des Kurz-Areals, die Neugestaltung des Haalplatzes einschließlich einer neuen Zufahrt. Außerdem stehen der Nachfolgebau für das Globe und eine neue Brücke beim Ripperg auf dem Programm. In meiner Aufzählung habe ich ganz bewusst auch Vorhaben genannt, die über den nächsten Doppelhaushalt hinausreichen. Ich habe bereits bei der Einbringung unserer Anträge zum Haushalt darauf hingewiesen, dass wir als SPD durchaus für eine stetige Weiterentwicklung der Stadt sind. Im Blick auf das Gesamtpaket der Vorhaben plädieren wir aber für eine differenzierte Betrachtungsweise.

### **a. Investitionen im Tiefbau**

Wir haben als SPD-Fraktion über viele Jahre bei der Straßenunterhaltung für das Sparen plädiert. Durchaus in der aus unserer Sicht richtigen Einschätzung, dass dies in den Jahren nach 2001 nicht die erste Priorität sein konnte. Da galt es wichtige und für das Image der Stadt wertvolle Strukturen im kulturellen Angebot zu erhalten, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, unabweisbare Investitionen zu bevorzugen, die für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger höhere Bedeutung hatten.

Im letzten Jahr hat dann eine breite Mehrheit des Gemeinderats das Thema aufgenommen, weil man befürchtete, dass es teurer werden kann, wenn man den aufgelaufenen Investitionsstau nicht abarbeitet. Die vom Ingenieurbüro Bänderle erstellte Liste enthält ja genügend Projekte. Die Fortführung der Neugestaltung in der Innenstadt, das heißt die Sanierung der Marktstraße, sollte man ebenfalls nicht weiter aufschieben. Wenn die restliche Marktstraße saniert ist, bindet sie auch die Gelbinger Gasse besser an die Innenstadt an.

Auch wenn wir uns nach wie vor mit den hohen Summen schwer tun, die Argumentation, dass weiteres Zuwarten die ganze Sache noch teurer macht, ist durchaus schlüssig und deshalb tragen wir die für die nächsten Jahre von der Verwaltung eingestellten Summen auch mit. Einen noch größeren Mitteleinsatz wie ihn die FWV vorgeschlagen hat, können wir uns allerdings nicht vorstellen.

Angesichts eines kürzlich verabschiedeten Klimaschutzkonzepts hielten wir es für ein fatales Signal, den motorisierten Individualverkehr mit noch mehr Mitteln zu bedenken und gleichzeitig beim Radverkehrskonzept zu kürzen.

### **b. Investitionen in Schulen und Kindergärten**

Auf das Thema einer kind- und jugendgerechten Politik bin ich bereits eingegangen. Für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot benötigen wir auch angemessene Räume und Gebäude. Im Bereich Schulen und Kindergärten hat die SPD zusammen mit allen Fraktionen immer einen Investitionsschwerpunkt gesehen. Wir haben uns immer bemüht, die räumliche und sächliche Ausstattung auf einem guten Stand zu halten. Im Doppelhaushalt kommen jetzt die Investitionen für die Neubauten in Gottwollshausen und die Planungsrate für das Familienzentrum in Hessental. Daneben muss die Sanierung des SZW weitergehen und auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die gebundene Ganztagesbetreuung in der Gemeinschaftsschule umgesetzt werden kann. Deshalb ist es richtig, dass auf

unseren Antrag hin der Sperrvermerk für die Räume zur Ganztagsbetreuung in der Leonhard-Kern-Realschule aufgehoben wurde.

### **c. Investitionen in die Stadtentwicklung**

Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, habe ich noch keinen Haushalt erlebt, in dem eine solche Fülle von Projekten vorgesehen ist. Man kann dabei nicht nur die nächsten beiden Jahre betrachten. Bahnhofsgelände, Scharfes Eck/ Hirschgraben, Karl-Kurz-Areal, Haalplatzzufahrt und Haalplatzgestaltung, Nachfolgebau Globe, neue Brücke zum Rippberggelände, das sind teilweise Vorhaben die in der Herausforderung durchaus an das Kocherquartier heranragen, nicht im Blick auf die Summe, aber in der Wahrnehmung für die Bürgerinnen und Bürger. Jedes Projekt wird die Öffentlichkeit emotional beschäftigen und hat, jeweils für sich betrachtet, erhebliches Konfliktpotential. Wir sehen sehr wohl, dass in allen Fällen mit der Umsetzung wichtige Ziele erreicht werden und insgesamt Zentralität und Attraktivität unserer Stadt eine Stärkung erfahren. Ohne pathetisch werden zu wollen sage ich, die Stadt erhält damit ein neues Gesicht. Dies kann nach unserer Ansicht nicht ohne intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gehen und zwar von Anfang an. Darauf komme ich gleich noch ausführlicher zu sprechen.

## **3. Demographischer Wandel**

„Der Demographie ein Schnippchen schlagen“, so hat unser Herr Oberbürgermeister bei der Einbringung des Haushalts mit einer Karikatur in das Thema eingeführt. Es ist schon ca. 10 Jahre her, dass wir auf einer Klausurtagung des Gemeinderats in Würzburg von einem Experten darauf hingewiesen wurden, welche Strategien für eine Kommune zur Verfügung stehen. Die Kernaussage war damals, dass wir noch bis etwa 2020 die Chance haben, mit der Erschließung von Flächen und attraktiven Angeboten Wanderungsgewinne zu erzielen. Mit dieser Zielrichtung hat eine breite Mehrheit des Gemeinderats bisher gehandelt und die Aktivitäten der Verwaltung getragen. Wenn wir die Entwicklung bilanzieren, befindet sich unsere Stadt im Grundsatz auf einem positiven Weg. Wir haben beim Angebot an Arbeitsplätzen einen historischen Höchststand. Die Siedlungsentwicklung boomt, in unseren Baugebieten können wir mit der Nachfrage kaum Schritt halten, die HGE erreicht Rekordergebnisse. Die dynamische Entwicklung macht die Stadt für Zuzüge attraktiv

und darauf können wir in gewisser Weise auch stolz sein. Bei der Fortschreibung des Stadtleitbilds ist der Wachstumskurs noch einmal weiter geschrieben worden.

Bei aller Freude darüber müssen wir uns klarmachen, dass wir auf Dauer nur schwer gegen den allgemeinen demografischen Trend ankommen werden. Zwei

Feststellungen:

1. Wir gewinnen Neubürgerinnen und -bürger ja in erster Linie nicht von entfernten Räumen, sondern, wie sich bei der jährlichen Begrüßung zeigt, eher aus dem Umland.

2. Auch bei uns geht die Zahl der Jüngeren zurück und die Zahl der Älteren steigt. Selbstverständlich nimmt auch bei uns die Zahl der 1- und 2-Personenhaushalte zu. Aus der 1. Feststellung muss man sich bewusst machen, dass eine Dynamik in Schwäbisch Hall, die sich aus der Umgebung speist, naturgemäß diese Umgebung schwächt. Oder anders gewendet: Ein Betrieb der von Mainhardt nach Schwäbisch Hall umsiedelt, Familien die aus Gerabronn oder Kupferzell in Schwäbisch Hall einen Bauplatz erwerben, sind ohne Zweifel für Schwäbisch Hall zunächst ein Gewinn. Wir sind als Mittelzentrum mit unserem ganzen Angebot aber auch darauf angewiesen, dass wir für einen möglichst großen Einzugsbereich attraktiv sind, und dass in diesem Einzugsbereich möglichst viele Menschen leben und auch Kaufkraft vorhanden ist. Wenn wir unsere Zentralität stärken und weiter entwickeln wollen, brauchen wir also möglichst viel Zuwachs in der Raumschaft. Wenn dies nicht gelingt, wird es auch für uns auf Dauer nicht möglich sein, gegen den Trend zu prosperieren. Starke Wertverluste an Gebäuden in 20 km Entfernung von Schwäbisch Hall schaden letztendlich auch dieser Stadt. Dass unser OB sehr wohl auf den Raum bezogen denkt, das ist deshalb der richtige Ansatz.

Die 2. Feststellung muss uns zur Überlegung führen, wie wir unsere Investitionen dem Wandel der Altersstruktur anpassen können. Wir investieren zu recht in Schulen und Kindergärten, aber wir werden uns vielleicht während der Lebensdauer dieser Gebäude damit beschäftigen müssen, welche alternative Nutzung möglich ist.

Inzwischen steuern wir auf eine Geburtenrate von 0,8 % pro 1000 Einwohner zu und wie überall prognostiziert wird, mit eher noch sinkender Tendenz. Das entspricht dann weniger als 300 Kindern in einem Jahrgang in Schwäbisch Hall. Welche Folgen ziehen wir daraus?

Die Planer müssen den Auftrag erhalten, für die Zukunft zu denken. Was kann einmal in Räumen geschehen, wenn sie nicht mehr von Kindern genutzt werden? Können daraus z.B. Treffpunkte für Senioren oder Vereine werden?

Besonders dringend ist die Frage, wie wir der Aufgabe der Unterbringung einer wachsenden Zahl älterer Menschen gerecht werden. Alle Vorhersagen gehen neben der absolut wachsenden Zahl Älterer von einem stark steigenden Betreuungsbedarf in Einrichtungen aus, weil der Anteil derer, die von Angehörigen versorgt werden können, in den nächsten Jahrzehnten erheblich sinken wird. Beim umstrittenen Projekt Senioren am Keckenweg wurde ja immer wieder betont, dass wir in der Stadt vermutlich noch ein paar hundert Plätze brauchen werden. Wir als SPD möchten deshalb, dass solche Objekte in Zukunft in jedem Bebauungsplan vorgesehen werden und dass die GWG sich dieser Aufgabe annimmt.

#### **4. Energiewende und Klimaschutz**

Der frühere UN Generalsekretär Kofi Annan hat in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ kürzlich das Thema Klimaschutz als das wichtigste Thema für das Überleben der Menschheit bezeichnet.

Einerseits ist die Stadt seit Jahren als Vorreiter der Energiewende bekannt. Bereits vor der Etablierung des EEG haben wir bei den Stadtwerken mit einem Aufschlag auf den Strompreis die erneuerbaren Energien gefördert. Für Investitionen in Photovoltaik, Windkraft und Biomasse haben wir bei den Stadtwerken eine eigene Investitionsgesellschaft die Solar-Invest, an der sich auch Bürgerinnen und Bürger beteiligen können und in jüngster Zeit untersuchen wir auch die Investition in Speichertechnologien. In den letzten Jahren haben wir mehrere Auszeichnungen erhalten. Unser Stadtwerkechef wurde Energiemanager des Jahres und die Stadt wurde 2012 als erste mit dem Titel „Energiekommune des Jahres“ ausgezeichnet. Zusammen mit den Nachbargemeinden wollen wir bis 2030 den Strombedarf und bis 2035 den Wärmebedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien decken. Dies sind anspruchsvolle Visionen und wir können stolz sein, dass hinter diesem Ziel eine große Mehrheit steht.

Wenn man das in jüngster Zeit für die Stadt erstellte Klimaschutzkonzept analysiert, fällt allerdings schon auf, dass wir unsere Anstrengungen noch erheblich intensivieren müssen, wenn unsere Vision Wirklichkeit werden soll. Die Jahresfahrleistung der PKWs nimmt noch sehr deutlich zu. Der Endenergieverbrauch ist trotz sparsamerer Fahrzeuge noch um 12% gestiegen. Der Stromverbrauch der Haushalte ist in den letzten 20 Jahren um 35% gestiegen. Im Bereich Handel, Gewerbe und Dienstleistungen hat sich der Stromverbrauch verdoppelt. Bei den

Gebäudesanierungen sind wir mit derzeit ca 1% noch längst nicht bei der erforderlichen Sanierungsrate von 2,5%/Jahr. Deshalb ist es gut, dass wir in diesem Doppelhaushalt Mittel für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden einstellen. Aber ob die öffentlichen Liegenschaften das im Bericht genannte Ziel von 30kwh/m<sup>2</sup>/Jahr langfristig erreichen können, ist noch überhaupt nicht ausgemacht. Mit 10,2 t CO<sub>2</sub> pro Kopf liegt der Wert in Deutschland etwa 4 mal so hoch wie der so genannte nachhaltige CO<sub>2</sub> Fußabdruck.

Der von der Landesregierung angestrebte Ausbau der Windenergie stockt nicht nur in Schwäbisch Hall. Nach wie vor ist der Widerstand erheblich. Dies wird beim Netzausbau nicht anders sein und ebenso wenn es um Speicherkapazität geht. Wie soll denn der wachsende Strombedarf gedeckt werden? Ebenso ist der Ausbau der Fernwärme eine Mammutaufgabe, weil die hohen Investitionen durch einen tendenziell geringeren Verbrauch beim einzelnen Nutzer amortisiert werden sollen. Ich zitiere eine wesentliche Aussage der Autoren unseres Konzepts zum Klimaschutz:

„Festzuhalten ist, dass es unter den heutigen Rahmenbedingungen nicht absehbar ist, dass die Stadt Schwäbisch Hall ohne die umliegenden Gemeinden das gesetzte Ziel einer vollständigen Deckung des Strom- und Wärmebedarfs mit erneuerbaren Energien erreichen wird.“ Zitatende

Wir haben im Stadtleitbild nach intensiver Diskussion einvernehmlich entschieden, den Wachstumskurs fortzusetzen. Unter den Gesamtbedingungen und dem Anspruch, die hohe Lebensqualität zu erhalten, gibt es dazu auch kaum eine Alternative. Es muss uns aber klar sein, dass damit unsere Herausforderungen beim Klimaschutz ebenfalls wachsen. Die bisher bevorzugte Bebauung mit Einfamilienhäusern verlangt die rasche Festlegung höherer energetischer Mindeststandards und verdichtetes Bauen. Bisher gibt es wenig Anzeichen, dass die Bereitschaft besteht, mehr zu investieren, als sich für den eigenen Geldbeutel rechnet. Auch die GWG als Verwalterin von 8% aller Wohnungen in Schwäbisch Hall hat sich bisher auf diesem Feld nicht profiliert.

Die SPD wollte mit ihren Anträgen zu diesem Themenbereich den seit Jahren eingeschlagenen Kurs vertiefen. Wir hatten schon Ausgaben für Wärmedämmmaßnahmen gefordert, als dies die Verwaltung noch vehement abgelehnt hat. Im jetzt vorliegenden Klimaschutzkonzept werden viele Bereiche angesprochen auf die wir nur durch Aufklärung einwirken können. Und selbstredend gilt, dass wir alle eigentlich unseren Lebensstil hinterfragen müssen. Bisher werden



die Effizienzgewinne beim Energieverbrauch meist durch mehr Komfort kompensiert. Dies gilt im Verkehr ebenso, wie im Haushalt oder bei der Wohnfläche.

Im Interesse der Glaubwürdigkeit müssen wir uns aber im öffentlichen Bereich besonders anstrengen, um hier eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Und da war das Ergebnis der Abstimmung zu unseren Anträgen schon ernüchternd. Sobald man für das Bekenntnis zum Klimaschutz auch eine Summe einsetzen muss, schwindet die Bereitschaft, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Jedes Klimaschutzkonzept ist nur so gut wie seine nachfolgende Umsetzung. Wir hatten einen Klimaschutzbeirat, in dem auch alle Fraktionen vertreten waren, und als SPD haben wir deshalb gehofft, dass wir mit mehr Schwung einsteigen. Aber das kann ich jetzt schon ankündigen: Wir werden nicht lockerlassen.

Jetzt noch zum Thema

## **5. Kommunale Demokratie**

In einem halben Jahr sind Kommunalwahlen. Landesweit und auch in Schwäbisch Hall haben die Parteien und Vereinigungen alle Mühe gute Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen zu finden. Individualismus liegt im Trend. Politisches Ehrenamt ist out. Manchmal hat man das Gefühl, die Menschen wollen sich gar nicht mehr die Mühe machen, sich mit unterschiedlichen politischen Ansätzen auseinander zu setzen. Mann oder Frau engagiert sich im begrenzten Rahmen für mehr oder weniger persönliche Anliegen, man pflegt seinen Überdruß an den Politikern und der Politik.

Die Ausführungen zum Thema „Kommunale Demokratie“ sind eigentlich kein klassisches Thema für eine Haushaltsrede. Ich möchte den heutigen Anlass aber schon nutzen, um diesen Bereich anzusprechen. Es geht mir um die Frage, wie wir mit denen umgehen, die sich in diesem System nicht repräsentiert fühlen. Mir wurde das an verschiedenen Stellen, aber in besonderer Nachdrücklichkeit im Rahmen der OB-Wahl bewusst. Da traten zwei Gegenkandidaten auf, die im Blick auf ihre Sachkompetenz dem Oberbürgermeister nicht das Wasser reichen konnten, auch gar nicht den Versuch gemacht haben, sich wenigstens in Teilbereichen zu profilieren. Ja, man könnte fast sagen, sie waren das was man landläufig Jux-Kandidaten nennt. Es war ein Paukenschlag, dass die beiden für fast 20% der Wähler eine Alternative waren. Das HT kommentierte dies als kleinen Denkkzettel. Wir meinen, das muss uns erschrecken, weil es ja nicht um alternative Lösungen für kommunalpolitische Handlungsfelder ging. Vielmehr überzeugten die Kandidaten mit

ihrer Forderung nach mehr Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Viele vermissen eine solche Kommunikation offensichtlich. Uns Gemeinderäten begegnet das im Gespräch mit den Menschen als Resignation. „Ihr macht doch was ihr wollt“ und manchmal auch mit dem Vorwurf, wir würden uns vom OB über den Tisch ziehen lassen. Man kann diese Enttäuschung als naiv empfinden oder gar als Missachtung der Gremienarbeit, so einfach dürfen wir es uns aber nicht machen. Wir müssen sehr viel mehr Bemühen darauf verwenden, dass die Menschen unsere Entscheidungen besser verstehen.

Dafür braucht es Zeit. Das gehört zur Demokratie, dass es manchmal länger dauert und ich halte das geradezu für einen Vorteil. Auf zwei Entscheidungen im abgelaufenen Jahr will ich in diesem Zusammenhang noch einmal hinweisen: Beim Thema Weilerwiese hatten wir einen sehr offenen Diskussionsprozess der dann in einer Form abgebrochen wurde, die viele der engagierten Beteiligten nicht verstanden haben. Und bei der Abschaffung der unechten Teilortswahl wurde die Chance einer breiten Diskussion und Beteiligung im Rahmen eines Bürgerentscheids ebenfalls nicht eingeräumt.

Bei den kommenden großen Investitionsvorhaben, z.B. Haalplatzumgestaltung, sollten wir diese Fehler nicht wiederholen. Vielmehr brauchen wir die Beteiligung der ganzen Stadtgesellschaft. Daher fordern wir vor dem Eintritt in weitere konkrete Planungen zur Stadtumgestaltung eine breite Diskussion in Workshops, Veranstaltungen, öffentlichen Begehungen, zu Grundfragen „Was ist der Kern des jeweiligen Projekts?“, „Was soll dadurch erreicht werden?“, „Welche Alternativen stehen zur Verfügung?“ usw. Vorwärtsstürmende Ungeduld würde uns hinterher einholen und belastet dann auf lange Zeit das Klima in unserer Stadt. Ein positives Beispiel sehen wir im nahen Ludwigsburg wo man in Zukunftskonferenzen ein Stadtentwicklungskonzept erarbeitet hat. Oder ich erinnere noch einmal an den Prozess bei der Suche nach Lösungen für die Bebauung des ehemaligen JVA-Areals, heute Kocherquartier. Vom ersten Wettbewerb mit dem Ergebnis eines kompletten Neubaus gab es eine lange Diskussion auch mit Stillständen, die zur Vergewisserung über den eingeschlagenen Weg ganz sicher nicht als verlorene Zeit zu verbuchen sind. Am Ende haben wir eine Lösung verwirklicht, die sowohl im Urteil der Menschen gelungen ist, als auch bei den Fachleuten hohe Zustimmung erfährt. Das beste Gegenmittel gegen Widerstand ist ein dialogorientierter Planungsprozess. Selbstverständlich muss dann am Ende eine Entscheidung fallen, die nicht immer alle zufrieden stellen wird. Aber die Entfremdung der Bevölkerung von den

Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung, die muss durch eine andere Planungskultur und, damit einhergehend, eine andere Entscheidungskultur überwunden werden.

Ebenso wichtig ist das Bemühen, möglichst vielen Gruppen eine Stimme zu geben, am besten in diesem Gremium Gemeinderat. Nur ein Beispiel: Obwohl in Hall einige Tausend Menschen zwischen 18 und 30 Jahren leben haben sie zur Zeit keinen Vertreter im Gemeinderat. Dabei ist es die Generation, die die Spielplätze und Kindertageseinrichtungen die wir planen, mit ihren Kindern im Alltag nutzt. Logischerweise sind die Themen dieses Gemeinderats in erster Linie die Themen des Mittelstands. Bauland, Bauvergaben, Steuern. Die Schulen werden aus Sicht der jeweiligen Schulleiter gesehen und selten aus Sicht der Schüler. Die Vereine aus Sicht der Vereinsführung und selten aus Sicht der einfachen Mitglieder. Das Baugebiet aus Sicht der Bauherren und Architekten und nicht aus der Sicht der Kinder, die dort später spielen oder mit dem Bus zur Schule fahren sollen. Auch nicht aus der Sicht der vielen Mieter, die in den Häusern später einmal leben, oder aus der Sicht der Frauen, die mehr als die Männer die geplanten Siedlungen nutzen werden. Wollen und können wir etwas daran ändern?

Wir sollten wenigstens den Versuch machen. Einmal mit Frauen über ihre Erfahrungen in Neubaugebieten reden, mit Ausländern über ihre Erfahrungen mit Ausgrenzung oder offener Ablehnung, einmal mit den Schülern über die geplante Entwicklung hin zur Gemeinschaftsschule, und, und....

Die Einrichtung eines Jugendgipfels, die wir in unseren Anträgen forderten, ist uns daher ein ernstes Anliegen. Wir müssen alles versuchen, die Jugendlichen mitzunehmen und an die kommunale Demokratie heranzuführen.

## **Zum Abschluss**

Neben der Darstellung der inhaltlichen Position der SPD zu wichtigen Teilbereichen des Haushalts, war mir bei meinen Ausführungen wichtig, deutlich zu machen, dass es Aufgabe der Verwaltung und des Gemeinderats ist, die Entfremdung zwischen den Entscheidungsträgern und den Betroffenen zu verringern. Aufgrund dieser Überlegungen läuft die Trennungslinie im kommenden Wahlkampf bei aller politischen Auseinandersetzung nicht zwischen CDU und SPD oder gar zwischen CDU und FWV. Sie läuft zwischen Wählern und Nichtwählern, zwischen Engagement und Desinteresse. Dieses Abwenden und ein weiteres Absinken der

Wahlbeteiligung ist weitaus problematischer als die Veränderung der Sitzzahl zwischen den politischen Gruppierungen.

Wäre es nicht erstrebenswert, dass der Gemeinderat in seiner Gesamtheit gemeinsame Interessen und gemeinsame Aufgaben erkennt? Sollten wir uns nicht gemeinsam bemühen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aus allen gesellschaftlichen Schichten sich für unsere Arbeit interessieren? Wäre nicht der Versuch überfällig, über das Angebot einer Bürgerfragestunde das Interesse an den Sitzungen zu erhöhen. Wir müssen im Wahljahr im Interesse der Demokratie für mehr bürgerschaftliches Engagement auf dem Haller Rathaus eintreten. Wir müssen auch unsere eigene Attraktivität steigern. Als Insider finden wir es vielleicht noch gut, wenn wir die alten Rituale und Zuordnungen gegenüber dem politischen Gegner pflegen. An der Bevölkerung geht es aber völlig vorbei. Kommunalpolitik ist kein Selbstzweck, sie muss Dienst am Bürger sein. Wir bieten allen anderen Fraktionen einen Wahlkampf an, der sich an diesen Grundsätzen orientiert.

Zum bevorstehenden Jahresende bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und den verschiedenen städtischen Unternehmungen für die geleistete Arbeit. Bei den anderen Fraktionen bedanken wir uns für die Zusammenarbeit und versprechen, dass wir die meisten Zwischenrufe und Unterstellungen längst vergessen haben und dass es uns ernst ist mit dem Wahrnehmen gemeinsamer Verantwortung. Wenn wir um uns sehen, im Land, in Europa und außerhalb, müssen wir eingestehen: Es geht uns gut, um nicht zu sagen unverschämt gut. Wir können unsere Probleme meistern.

Ihnen Herr Oberbürgermeister wünschen wir im neuen Jahr neben Gesundheit und Tatkraft manchmal auch Geduld bei der Umsetzung ihrer Ideen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Doppelhaushalt 2014/2015 und der mittelfristigen Finanzplanung zu.